

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen der vergangenen Woche
 Alle Ausgaben des Wochendienstes finden Sie im Internet
 unter: www.hamburg.de/wochendienst

Nr. 25

vom 9. Juli 2010

Redaktion: Katja Richardt

Bund

873. Sitzung des Bundesrates	3
Bundesrat beschließt Gesetzesentwurf für Geodatendienste (wie z.B. Google Street View) ..	5

Inneres

Videoüberwachung der Reeperbahn ist und bleibt unverzichtbares Mittel der polizeilichen Arbeit.....	7
---	---

Wirtschaft und Hafen

Städtische Holding soll Außendarstellung Hamburgs stärken.....	9
Zweiter Maritimer Gipfel in Berlin.....	11
EU Konzessionsinitiative – Hamburg bleibt am Bal.....	13
Neues Freifallboot im Hamburger Hafen.....	14

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen

„Gut bedacht“ in Stellingen und Schnelsen.....	16
--	----

Schule, Jugend und Berufsbildung

Vertauschte Rollen im Audimax.....	18
Lage auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt 2009 günstiger als erwartet	20

Wissenschaft und Forschung

14 Preise für ausgezeichnete Lehre	22
--	----

Datenschutz

Bußgeldverfahren gegen Facebook wegen Speicherung der Daten Dritter	24
---	----

Kultur

Die FABRIK zukunftssicher machen.....	25
---------------------------------------	----

Bezirke

Bezirksämter beteiligen sich an Konsolidierungsbemühungen	26
Ergebnis des Bürgerentscheides in Eimsbüttel.....	27
Megaball - endlich auch dauerhaft in Nord-Deutschland.....	28

Zur Information

Terminkalender	29
----------------------	----

8.7.2010/br08

An der 873. Sitzung des Bundesrates am Freitag, 9. Juli 2010, nehmen Senatorin Prof. Dr. von Welck, Senator Dr. Steffen und Staatsrat Lüdemann teil.

Die Tagesordnung umfasst 83 Punkte.

Hamburg fordert klare gesetzliche Informations- und Widerspruchsrechte der Bürger gegenüber Geodatendiensten wie Google-Street-View

In Deutschland besteht Rechtsunsicherheit unter welchen Voraussetzungen das digitale Abfilmen von Personen und Privateigentum anlässlich der bildlichen Erfassung ganzer Straßenzüge durch sog. Geodatendienste (wie Google-Street-View) zulässig ist. Nach dem von Hamburg initiierten Gesetzentwurf müssen Gesichter und Kfz-Kennzeichen unkenntlich gemacht werden bevor die Bilder ins Internet eingestellt werden. Ursprüngliche Filmaufnahmen ohne Verpixelung müssen gelöscht werden. Filmaufnahmen müssen vorher öffentlich angekündigt werden und abgebildete Personen dürfen die Löschung verlangen, auch wenn ihr Gesicht gepixelt ist. Hauseigentümer und Mieter sollen ein uneingeschränktes Widerspruchsrecht gegen die Abbildung des Gebäudes erhalten. Bei Verstößen kann ein Bußgeld bis zu 300.000 Euro fällig werden.

Justizsenator Dr. Till Steffen: „Der zunehmende Widerstand gegen Google Street View ist verständlich. Der automatische Prozess der Unkenntlichmachung der Aufnahmen funktioniert nur unzureichend. Es muss daher eine gesetzliche Grundlage für Geodatendienste dafür geben, dass Betroffene sich gerichtlich zur Wehr setzen können. Eine Selbstverpflichtung von Anbietern wie z.B. Google ist nicht ausreichend.“

BAföG-Erhöhung muss finanziell abgesichert sein – Hamburg unterstützt Anrufung des Vermittlungsausschusses

Am 18. Juni 2010 hat der Deutsche Bundestag einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur BAföG-Novellierung beschlossen, die unter anderem eine Erhöhung der Bedarfssätze um zwei Prozent und der Freibeträge um drei Prozent vorsieht.

Hamburg setzt sich nach wie vor für eine Leistungsverbesserung des BAföG ein, denn BAföG ermöglicht es vielen jungen Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ein ihren Interessen entsprechendes Studium aufzunehmen und erfolgreich zu Ende zu führen. Eine Mitfinanzierung der BAföG-Erhöhung durch die Länder, wie ihn der Gesetzentwurf der Bundesregierung vorsieht, ist für die Länder aber nicht zu leisten. Auf Hamburg kämen Mehrkosten in Höhe von rund 5 Millionen Euro jährlich zu. Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 4. Juni 2010 eine Übertragung von Umsatzsteueranteilen für die Länder zur Finanzierung dieser Mehrausgaben für Bildung und Forschung vom Bund gefordert. Die Bundesregierung hat dies abgelehnt.

Hamburg wird daher die Anrufung des Vermittlungsausschusses mit der Forderung an den Bund verlangen, die Mehrausgaben aus der BAföG-Novellierung alleine zu tragen.

Hamburg befürwortet ein Verbot hoch spekulativer Leerverkäufe in Deutschland

Der Bundesrat wird morgen über den Gesetzesantrag zur „Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivategeschäfte“ abstimmen. Mit der Verabschiedung

des Gesetzes wird ein wichtiges Signal für einen handlungsfähigen Staat gesetzt. Es soll den jüngsten negativen Marktentwicklungen und möglichen zukünftigen Gefahren für die Finanzmarktstabilität schnell und entschieden vorbeugen. Konkret sollen systemische Risiken eingegrenzt werden, indem ungedeckte Leerverkäufe von Aktien oder Staatsanleihen der Eurozone verboten werden. Durch ungedeckte Leerverkäufe ist es möglich, mehr Aktien und Schuldtitel zu verkaufen, als am Markt vorhanden sind. Von dieser Handelsstrategie gehen besondere Risiken für die Stabilität des Finanzmarktes aus. Das Gesetz sieht eine Meldepflicht bereits kleinerer Leerverkaufspositionen vor, damit die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gefährliche Entwicklungen auf dem Finanzmarkt frühzeitig erkennen und diesen gezielt entgegen wirken kann. Ziel ist es, die Debatte in Europa zu beschleunigen. Die EU-Kommission will ihre Vorschläge zu Leerverkäufen im Oktober 2010 vorlegen.

Zukunft der Jobcenter ist gesichert

Der Bundesrat wird mit den Stimmen Hamburgs einer Grundgesetzänderung zustimmen, um die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende durch die örtlichen Agenturen für Arbeit und den Kommunen zu schaffen. Die Länder schaffen so die Voraussetzung dafür, dass die Betreuung von erwerbsfähigen Hilfsbedürftigen und die Zahlung von Leistungen aus einer Hand erfolgt. Die Regelung ist notwendig, weil das Bundesverfassungsgericht die aktuelle Zusammenarbeit von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit in Arbeitsgemeinschaften für nicht mit der Verfassung vereinbar erklärt hat.

Das sogenannte Optionsmodell, nach dem die Kommunen ausnahmsweise alle Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende übernehmen, wird so ausgeweitet, dass bis zu einem Viertel aller Kommunen in Deutschland dieses Organisationsmodell wählen können.

Verkürzung des Grundwehrdienstes auf sechs Monate

Der Bundesrat billigt mit den Stimmen Hamburgs das Wehrrechtsänderungsgesetz, das eine Verkürzung der Zeiten des Grundwehrdienstes und damit auch des Zivildienstes von derzeit neun Monaten auf sechs Monate vorsieht. Aufgrund einer Übergangsvorschrift wird die Verkürzung des Grundwehrdienstes bereits für die Grundwehrdienstleistenden gelten, die zum 1. Juli 2010 einberufen worden sind. Den Wehrpflichtigen soll aber die Möglichkeit eingeräumt werden, einen freiwilligen zusätzlichen Wehrdienst im Anschluss an den Grundwehrdienst bis zu 17 Monate zu leisten. Ferner soll durch eine Änderung des Zivildienstgesetzes auch ein freiwilliger zusätzlicher Zivildienst eingeführt werden.

Für Rückfragen:

Torben Wiegand

Koordinierung Bundesrat, Presse

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-110

www.hamburg.de/landesvertretung

09. Juli 2010/jb09

Bundesrat beschließt Gesetzesentwurf für Geodatendienste (wie z.B. Google Street View)

Private Unternehmen filmen ganze Straßenzüge und stellen die Ansichten im Internet zur Verfügung. Der Bundesrat reagiert mit einer heute beschlossenen Gesetzesinitiative zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes darauf, dass private Dienste wie u.a. Google Street View und Andere dabei in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen eingreifen. Der Gesetzesentwurf von Hamburg wurde in enger Zusammenarbeit insbesondere mit Rheinland-Pfalz überarbeitet und als Mehrländerantrag in den Bundesrat eingebracht und heute beschlossen.

„Regeln zum Abfilmen von Häusern und Straßen müssen gesetzlich bindend sein. Eine freiwillige Selbstverpflichtung reicht nicht. Wir wollen die Persönlichkeitsrechte schützen und Informations- und Widerspruchsrechte verpflichtend machen“, sagt **Justizsenator Dr. Till Steffen**. „Wir wollen Lücken im Bundesdatenschutzgesetz schließen. Mit dem heutigen Bundesratsbeschluss liegt ein breit getragener Gesetzesvorschlag vor: für den Schutz der Rechte der Bürgerinnen und Bürger. Die Gesetze müssen auf konkrete Technikentwicklungen reagieren.“

Folgende Punkte sollen durch den Gesetzentwurf geregelt werden:

- Hauseigentümer und Mieter, aber auch sonstige Betroffene, haben ein uneingeschränktes Widerspruchsrecht gegen die Abbildung großräumig erfasster Gebäude im Rahmen von Panoramaaufnahmen im Internet und damit Schutz vor Missbrauch;
- Unternehmen müssen sicherstellen, dass Personen und amtliche Kfz-Kennzeichen nicht identifizierbar sind, bevor die Bilder ins Internet eingestellt oder im Rahmen eines anderen Dienstes (z.B. Navigationssystem) bereit gestellt werden;
- Hinweispflicht vor Erhebung der Daten und eine Pflicht zur Wiederholung des Hinweises gegenüber der Öffentlichkeit vor der Bereithaltung des Bildmaterials im Internet;
- Unternehmen müssen nicht-anonymisiertes Rohdatenmaterial nach Datenübertragung und Bereitstellung im Internet unverzüglich löschen;

- Unternehmen müssen mindestens drei Monate vor dem systematischen Abfilmen den zuständigen Datenschutzbeauftragten informieren;
 - Abgebildete Personen, die neben der ohnehin verpflichtenden Unkenntlichmachung des Gesichts auch die Verpixelung der weiteren Abbildung ihrer Person (Statur, Kleidung) verlangen können, haben ein uneingeschränktes Widerspruchsrecht;
 - Pflicht zur Bestätigung des Widerspruchseingangs und zur Mitteilung, bis wann die Anonymisierung erfolgt ist;
 - Pflicht für außereuropäische verantwortliche Stellen zur Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten;L
- bei Verstößen müssen die Unternehmen ein Bußgeld von bis zu 300.000 Euro zahlen.

Kontakt:

Volker Bulla, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. 040 42843 3143, Mobil: 0172 4213328, E-Mail: pressestelle@justiz.hamburg.de

6.Juli 2010/bfi06

Videoüberwachung der Reeperbahn ist und bleibt unverzichtbares Mittel der polizeilichen Arbeit

Analyse belegt: Wer genauer hinsieht, stellt auch mehr Taten fest!

Nach dreijähriger Betriebszeit der Videoüberwachung im Hamburger Stadtteil St. Pauli hat die Innenbehörde jetzt einen Bericht vorgelegt, der über die Wirksamkeit der Videoüberwachung im öffentlichen Raum Auskunft gibt.

In der Analyse wurde herausgearbeitet, inwiefern die Videoüberwachung rund um die Reeperbahn im Zusammenwirken mit anderen polizeilichen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und Straftatenvorsorge beiträgt.

Hamburgs Innensenator Christoph Ahlhaus: „Die Videoüberwachung rund um die Reeperbahn ist zu einem unverzichtbaren Mittel der polizeilichen Arbeit geworden. Es gibt zwar statistisch einen Anstieg von Körperverletzungsdelikten, das liegt aber vor allem daran, dass wir genauer hinschauen. Nehmen wir nur das letzte Wochenende als Beispiel. Nach dem Sieg der Deutschen Fußballmannschaft strömten Zehntausende auf den Kiez. Wie an vielen anderen Wochenenden auch kam es dabei zu keinen nennenswerten Vorkommnissen. Das zeigt: Das Maßnahmenpaket aus Videoüberwachung, Polizeipräsenz, Waffenverbot und Glasflaschenverbotsgesetz gewährleistet die Sicherheit für die Besucher von St. Pauli. Auch wenn sich jetzt wieder Kritiker zu Wort melden, ist und bleibt die Videoüberwachung mit ihren präventiven Aspekten ein wesentlicher Baustein im Kampf gegen die Kriminalität auf Hamburgs größter Amüsiermeile.“

Im Ergebnis ist festzustellen, dass die Videoüberwachung einen hohen präventiven Einfluss auf die Kriminalitätsentwicklung im Bereich der Reeperbahn hat. Die Befürchtung, dass es Kriminalitätsverschiebungen in die angrenzenden, nicht videoüberwachten Bereiche geben könnte, bestätigte sich nicht. In verschiedenen Deliktsbereichen gab es eine deutliche Reduzierung des Fallaufkommens. Für den Bereich der Körperverletzungsdelikte hat die

Polizei einen Anstieg der Fallzahlen verzeichnet, der gerade auf die Videoüberwachung und die damit verbundenen polizeilichen Maßnahmen zurückzuführen ist.

Die vermehrte Feststellung von Körperverletzungsdelikten hat ihre wichtigste Ursache in der Möglichkeit des schnelleren Einschreitens aufgrund der Videoüberwachung und der gegenüber dem Jahr vor ihrer Einführung deutlich gestiegenen Polizeipräsenz im öffentlichen Raum. Durch das Zusammenspiel von Videoüberwachung und erhöhter Polizeipräsenz hat die Videoüberwachung mit zur Aufhellung des Dunkelfeldes im Bereich der Reeperbahn beigetragen.

Die Auswirkungen der erhöhten Polizeipräsenz, gekoppelt mit verbesserten Einsatzerkenntnissen aus der Videoüberwachung insbesondere durch die Beobachtung einsatzauslösender Situationen, gehen einher mit der wachsenden Anzeigebereitschaft der Bevölkerung als Ergebnis einer erhöhten öffentlichen Sensibilisierung gegenüber Gewaltkriminalität, insbesondere Körperverletzungen.

Rückgänge im Bereich der Betäubungsmitteldelikte, der Raubdelikte und der Sachbeschädigungen sind ein Indiz für die präventive Wirkung.

Die Bilder der Videoüberwachung konnten zudem von der Polizei vielfach in Ermittlungsverfahren genutzt werden.

Mit Urteil vom 22. Juni 2010 hat das Obergericht Hamburg festgestellt, dass die Regelungen gemäß § 8 Absatz 3 PoIDVG (Gesetz über die Datenverarbeitung der Polizei) verfassungsgemäß sind. Auch sei die Videoüberwachung verhältnismäßig und geeignet, zur Verhütung von Straftaten der Straßenkriminalität beizutragen.

Für Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Ralf Kunz und Frank Reschreiter, Tel. 0 40 – 42839-2678 und -2673

E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de, Internet: www.hamburg.de/volksabstimmungen/

2. Juli 2010/bwa02

Städtische Holding soll Außendarstellung Hamburgs stärken

Senator Gedaschko schlägt neuen Geschäftsführer der Hamburg Marketing GmbH vor

Die Bürgerschaft hat heute beschlossen, die für das Hamburg-Marketing zentralen öffentlichen Unternehmen HWF Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbh (HWF), die Hamburg Tourismus GmbH (HHT) und die Hamburg Marketing GmbH (HMG) unter dem Dach der HMG als eine für das übergeordnete Hamburg Marketing zuständige Holding zu bündeln. Öffentliche Unternehmen, die Cluster-Gesellschaften und Projektorganisationen, die für die nationale und internationale Vermarktung von Hamburg von besonderer Bedeutung sind, werden künftig mit Ziel- und Leistungsvereinbarungen in das Hamburg Marketing einbezogen.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Die strukturelle Zusammenführung der drei Marketinggesellschaften und die enge Verzahnung der Arbeitsabläufe im Marketing werden dazu führen, dass sich die Metropolregion Hamburg national wie international sichtbarer präsentieren kann. Hamburg kann so seine Attraktivität noch besser nach außen vermitteln, indem die bisherigen Anstrengungen besser koordiniert und gestärkt werden.“

Die Kreise der Metropolregion Hamburg und der Landkreis Ludwigslust (Mecklenburg-Vorpommern) und die Handelskammer Hamburg bleiben Gesellschafter der HMG. Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt weiterhin der Erste Bürgermeister. Zum 1. Januar 2011 sollen die notwendigen Veränderungsprozesse abgeschlossen und der Unternehmensverband gesellschaftsrechtlich entstanden sein. Als Vorsitzenden der Geschäftsführung der HMG wird Senator Gedaschko dem Aufsichtsrat der HMG Dietrich von Albedyll vorschlagen. „Seit vielen Jahren vermarktet Dietrich von Albedyll Hamburg als Tourismus-Ziel mit großem Erfolg im In- und Ausland. Ich bin überzeugt, dass er seine anerkannt hohe Kompetenz auch für das übergeordnete Hamburg-Marketing gewinnbringend einsetzen wird“, so Axel Gedaschko. Eine weitere verantwortliche Funktion auf Geschäftsführerebene für HMG und HHT wird Thorsten Kausch einnehmen.

Dietrich von Albedyll erklärt zu seiner Nominierung: „Ich freue mich auf diese neue Aufgabe. Um das Hamburg- Marketing zu stärken, gilt es, das Zusammenspiel der bestehenden Kompetenzen der am Hamburg-Marketing Beteiligten aufeinander abzustimmen und gemeinsam eine kraftvolle Stimme zu entwickeln. Es ist wichtig, dass wir hier im Wettbewerb um Firmen, Fachkräfte und Touristen alle an einem Strang ziehen.“

Im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Marketing-Gesellschaften gibt es eine weitere personelle Veränderung: Der Vorsitzende der Geschäftsführung von HWF und HMG Heinrich Lieser wechselt auf eigenen Wunsch und im gegenseitigen Einvernehmen zum 1. September 2010 in die Privatwirtschaft. Wirtschaftsminister Gedaschko dankt Herrn Lieser für seine erfolgreiche Arbeit bei der internationalen Vermarktung Hamburgs mit der HMG: „Als Wirtschaftsförderer gelang es ihm, neue wichtige Unternehmen in die Stadt zu holen und gleichzeitig viele Unternehmen noch stärker an den Standort zu binden und damit zahlreiche Arbeitsplätze in Hamburg zu sichern bzw. neu zu schaffen.“

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

5. Juli 2010/bwa05

Zweiter Maritimer Gipfel in Berlin

Lage der Branche stabiler – Herausforderungen bleiben

Spitzenvertreter von Bund, Küstenländern und maritimer Wirtschaft um den Maritimen Koordinator der Bundesregierung, Hans-Joachim Otto und Hamburgs Wirtschaftssenator Axel Gedaschko haben heute in Berlin erneut darüber beraten, wie die maritime Wirtschaft stabilisiert werden kann.

Die Lage insbesondere der Schifffahrt hat sich gegenüber dem letzten Treffen im März signifikant verbessert. Die Kapazität der aktiven Weltcontainerflotte ist in den ersten 6 Monaten nach Angaben von „Alphaliner“ um 1,78 Mio. TEU gestiegen, davon 1,16 Mio. TEU durch vormals aufliegende Schiffe. Deren Zahl sank von über 600 Schiffen im März auf heute nur noch etwa 200. Die Charterraten für Containerschiffe stiegen teils kräftig. Für 4.500 TEU-Schiffe sind diese im Vergleich zum Februar um über 200 Prozent gestiegen, Tendenz weiter steigend. Die Ursachen hierfür sind klar: Der Welthandel wird nach Einschätzung der WTO 2010 um 9,5 Prozent wachsen. Damit zieht auch der internationale Handel wieder kräftig an. Zudem wurde von den Reedereien „Slow Steaming“ realisiert und so nach Schätzung von „Alphaliner“ über 500.000 TEU zusätzlich in Fahrt gebracht. Die Schiffe fahren langsamer, sie sind wirtschaftlicher, der Umwelt wird geholfen und nicht zuletzt werden Kapazitäten gebunden. Auch in den Häfen bessert sich die Situation. Im Mai wurden in Hamburg 653.000 TEU abgefertigt, was einem Plus von 16,2 Prozent gegenüber dem Vorjahresergebnis entspricht. Im Seehafenhinterlandverkehr auf der Schiene meldet die Hamburger Hafenbahn mit fast 450.000 transportierten TEU sogar ein Plus von 16 Prozent für das erste Quartal 2010.

Auch dramatische Verwerfungen bei den betroffenen Unternehmen sind ausgeblieben. Banken, Reedern, Emissionshäusern und Anlegern ist es in beispielloser Weise gelungen, die Branche zu stabilisieren. Allein private Anleger haben nach Angaben des Verbands Geschlossener Fonds ca. 200 Mio. Euro neues Kapital bereit gestellt. Somit ist gelungen, was im Rahmen des ersten Maritimen Gipfels am 18. März vereinbart wurde: privatwirtschaftliche Ansätze haben Priorität. KfW-Mittel und Bürgschaften stehen der Maritimen Wirtschaft zur Verfügung. Mit den asiatischen Werftländern werden Gespräche über gemeinsame Bürgschaften weiterverfolgt. Auf der letzten Wirtschaftsministerkonferenz der Länder hatten diese gefordert, dass Anträge auf KfW-Mittel und Bürgschaften bis zum

31. Dezember 2010 gestellt werden können und nach den bestehenden Regularien bearbeitet werden.

Wirtschaftsenator Axel Gedaschko: „Alle Beteiligten haben gemeinsam wichtige Schritte zur Stabilisierung der Maritimen Wirtschaft erreicht. Doch noch haben wir nicht gewonnen. Eine entscheidende Frage wird die Kreditfinanzierung sein. Hier verschärfen sich schon heute die Herausforderungen sehr deutlich. Die Sicherung der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der Maritimen Wirtschaft bleibt eine nationale Herausforderung.“

Zentrale Aufgabe der nächsten Monate wird es sein, ungelöste Finanzierungsfragen der maritimen Wirtschaft zu klären. Liquiditätsprobleme in einer Größenordnung von 170 Mio. Euro p. a. bis ins Jahr 2012 sind nach Einschätzung des Verbands Deutscher Reeder allein für die Schiffe in Fahrt zu lösen. Hinzu kämen etwa 1,5 bis 2 Mrd. Euro für die Finanzierung von Neubauten. Gelingt es nicht, gerade für die in Fahrt befindlichen Schiffe Lösungen zu finden, ist mit dem Verkauf einer Vielzahl von Schiffen ins Ausland zu rechnen. Damit einher gehen könnte der Verlust von Arbeitsplätzen in substantiellem Umfang. Bund und Länder werden den Unternehmen im Rahmen der bestehenden KfW- und Bürgschaftsprogramme bei der Lösung der offenen Finanzierungsfragen helfen. Der Verband Deutscher Reeder hat dazu am 14. Juni 2010 eine Informationsveranstaltung durchgeführt und den auf dieser Veranstaltung vorgestellten Leitfaden über die verschiedenen Wege und Möglichkeiten zur Liquiditätssicherung innerhalb des öffentlichen Förderinstrumentariums „Wirtschaftsfonds Deutschland“ an seine Mitglieder verteilt. Mittelfristig muss zudem sichergestellt werden, dass die Maritime Wirtschaft für Eigenkapital interessant wird und die schiffsfinanzierenden Banken nach den erforderlichen Restrukturierungen wieder in der Lage sind, Fremdkapital bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen. Gelingt dies nicht, ist ebenfalls mit schwerwiegenden Folgen für die Maritime Wirtschaft zu rechnen. In Zukunft wird es ökonomisch und ökologisch von herausragender Bedeutung sein, die Schiffe energieeffizient zu machen. Slow Steaming ist hierzu nur ein erster Schritt. Es gilt nun darüber hinaus Wege zu identifizieren, wie gerade auch Schiffe im Bestand noch umweltfreundlicher gemacht werden können. Dies kann auch ein Markt für deutsche Werften und Schiffszulieferer werden.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

6. Juli 2010/bwa06

EU Konzessionsinitiative – Hamburg bleibt am Ball **Initiative der EU zu Dienstleistungskonzessionen und mögliche** **Auswirkungen auf Schlüsselsektoren werden wachsam begleitet**

Die aktuelle Initiative der EU Kommission zu Dienstleistungskonzessionen wird von der Wirtschaftsbehörde mit hoher Aufmerksamkeit verfolgt. Derzeit führt die Brüsseler Behörde eine öffentliche Internetbefragung durch, um sich einen Überblick über die Praxis der Konzessionsvergabe in unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen, wie etwa ÖPNV, Wasser, Abfall, verschaffen. Die Internetbefragung endet am 9. Juli. Danach wird die EU-Kommission entscheiden, welchen inhaltlichen Feldern sie sich im weiteren Verlauf widmen wird.

Obwohl heute überhaupt nicht absehbar ist, ob und gegebenenfalls in welcher Form die EU Kommission tätig werden möchte, ist Wachsamkeit geboten, um zu verhindern, dass Hamburgs Interessen in Schlüsselbereichen der Dienstleistungsbranche, wie z.B. dem Hafen, in eventuell kommenden Gesetzgebungsverfahren nicht hinreichend berücksichtigt werden. Die Wirtschaftsbehörde hält über die Hamburger Vertretung in Brüssel („Hanse-Office“) engen Kontakt zu den Dienststellen der EU Kommission und steht in permanentem Informationsaustausch mit den Bundesministerien. Damit ist sichergestellt, dass relevante Informationen frühzeitig vorliegen und entsprechend schnell reagiert werden kann.

Gemeinsam mit den Wirtschaftsministerien der anderen norddeutschen Länder hat Hamburg bereits jetzt eine Erklärung zu den Besonderheiten des Hafensektors erarbeitet, die in den laufenden Meinungsbildungsprozess der Kommission eingebracht wird. Darüber hinaus ist geplant, die Bundesregierung und die Kommission über die Lage in weiteren relevanten Sektoren zu sensibilisieren.

Hamburg begleitet die Überlegungen der EU Kommission konstruktiv und ist notfalls bestens gewappnet, sollte es tatsächlich zu Liberalisierungsvorschlägen aus Brüssel kommen. Unnötige Überraschungen sind damit ausgeschlossen.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

8. Juli 2010/bwa08

Neues Freifallboot im Hamburger Hafen

ma-co maritime kompetenzzentrum nimmt neues Freifallboot für das Training von Seeleuten in Betrieb. Einweihung an der Bootsanlage im Altonaer Fischereihafen

Jeder Seemann muss laut Bestimmung der Internationalen Schifffahrts-Organisation IMO ein Sicherheitstraining absolvieren, bevor er zur See fahren darf. Dazu gehört auch das Abspringen in einem Freifall-Rettungsboot (Rettungssatellit) aus großer Höhe. Auf der Bootsanlage im Altonaer Fischereihafen schult ma-co seit 20 Jahren Seeleute und angehende Offiziere in den Kursen „Basic Safety Training“ und „Survival Craft and Rescue Boat“. Nachdem das alte Boot über 1000 „Sprünge“ absolviert hat, wurde es heute mit Unterstützung der Behörde für Wirtschaft und Arbeit gegen ein modernes Freifallboot ausgetauscht. Geliefert wurde das 53.000 Euro teure Freifallboot von der Hatecke GmbH aus Drochtersen. Es ist 5,77 Meter lang und bietet Platz für 14 Personen.

Wirtschaftssenator Axel Gedaschko: „Das Thema Sicherheitstraining ist ein wesentlicher Bestandteil der maritimen Aus- und Weiterbildung. Hamburg als größter norddeutscher Schifffahrtsstandort verbessert damit weiter die praxisgerechten und bedarfsorientierten Qualifizierungsangebote für den maritimen Nachwuchs und das seefahrende Personal.“

Hanno Göhler, ma-co maritimes kompetenzzentrum: „Das Freifallboot wurde speziell für unsere Trainingsmaßnahmen entwickelt und ermöglicht besonders viele Absprünge. Wir sind sehr froh, unsere Schulungen mit diesem modernen Rettungsmittel weiter zu verbessern.“ Freifallboote befinden sich in der Regel am Heck des Schiffes, damit im Notfall der Weg von den Unterkünften zum Boot kurz ist. Sie werden schrägabfallend zu Wasser gelassen und tauchen kurz unter. Da der Aufprall auf das Wasser aus großer Höhe und mit großer Wucht geschieht, müssen sich alle an Bord befindlichen Personen anschnallen und zusätzlich den Kopf fixieren, damit keine Verletzungen entstehen.

Hintergrundinformation: ma-co maritimes kompetenzzentrum ist ein überregionaler Bildungsträger für die Hafenwirtschaft, der sich mit der Durchführung von Seminaren und praxisorientierten Lehrgängen zu den Themen Hafen, Logistik, Seeschifffahrt und den Querschnittsthemen Gefahrgut, Safety und Security, Kommunikation und Führung etabliert hat. Die Referenten des ma-co – rund 20 feste und 75 freie Trainer – sind erfahrene Fachleute aus der Praxis. Durch die Zusammenarbeit mit Betrieben der Transport und Logistikwirtschaft sowie wichtigen Behörden fließen ständig Neuerungen und praktische Erkenntnisse in die Qualifizierungen ein. Die Kunden kommen aus den Bereichen der Hafener-

und Umschlagsbetriebe, der Distributionszentren und Containerpackstationen, aus Speditionen und Fuhrbetrieben, Reedereien aber auch aus Versandabteilungen und Produktionsbetrieben mittelständischer und großer Unternehmen. Ma-co ist Mitglied der Logistik-Initiative Hamburg.

Rückfragen:

Pressestelle der Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Tel.: 040-42841-1627

Email: pressestelle@bwa.hamburg.de

Internet: www.hamburg.de/bwa

Hanno Göhler

ma-co maritimes kompetenzzentrum e.V.

Tel.: 040 – 756082-655

Email: Hanno.Goehler@ma-co.de

09. Juli 2010/bsu09

„Gut bedacht“ in Stellingen und Schnelsen **Berliner Büros POLA Landschaftsarchitekten und Weidinger** **Landschaftsarchitekten gewinnen Wettbewerb zur Gestaltung der** **Autobahndeckel in Stellingen und Schnelsen**

Die Bundesrepublik plant den Ausbau der A7 zwischen Elbtunnel und Bordsesholmer Dreieck. Der in diesem Zusammenhang gesetzlich vorgeschriebene Lärmschutz soll zum Teil in Form einer Überdeckung der A7 erfüllt werden. Hamburg wird darüber hinaus ergänzende Deckelbauwerke errichten, um einen verbesserten Lärmschutz und weitere städtebauliche Entwicklung zu ermöglichen. Insgesamt ist geplant, über 3,5 Kilometer der Autobahn unter drei Deckelabschnitten verschwinden zu lassen. In Bahrenfeld/Othmarschen soll der Deckel insgesamt 2.030 Meter lang sein, in Stellingen 980 Meter und in Schnelsen 560 Meter.

Die Deckel bieten wichtige städtebauliche Entwicklungschancen, denn durch die Autobahn getrennte Stadtteile wachsen zusammen. Entlang des Deckels wird die Belastung der Anwohner durch Autobahnlärm über den gesetzlichen Lärmschutz hinaus gesenkt, es entstehen neue Grünflächen, die Platz für Freizeit-, Erholungs- und Spielmöglichkeiten bieten sollen. Zudem können durch die Verlagerung von Kleingartenanlagen aus den angrenzenden Stadtteilen auf die Deckelflächen mindestens 2.000 neue Wohnungen in den benachbarten Stadtteilen entstehen. Zur Gestaltung dieser neuen Park- und Grünanlagen hat Hamburg im Februar unter Landschaftsarchitekten europaweit einen freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb ausgeschrieben – zunächst für die Deckel in Schnelsen und in Stellingen.

Von den in einem Bewerbungsverfahren ausgewählten 25 Büros haben 22 Landschaftsarchitekten ihre Entwürfe zur Beurteilung vorgelegt. Am 08. Juli 2010 hat das Preisgericht unter dem Vorsitz des Schweizer Landschaftsarchitekten **Guido Hager** die Planung der Büros POLA Landschaftsarchitekten, Berlin, und Weidinger Landschaftsarchitekten, Berlin, jeweils mit einem ersten Preis ausgezeichnet. Das Preisgericht hat empfohlen, den Entwurf von POLA für den Deckel in Schnelsen, den Vorschlag von Weidinger für den Deckel in Stellingen zu realisieren. „Das Jahrhundertbauwerk der Autobahndeckelung verbindet Stadtteile, schafft Nachbarschaften und vermittelt die Dynamik eines weiten Landschaftsraumes mit allen Möglichkeiten des Parkgenusses. Die Kleingärten erhalten eine integrierende Stellung in den einmaligen Parkkonzepten: Das vielfältige Nebeneinander in den Kleingärten und entlang der Promenaden begleitet eine großzügige Mitte“, sagt der Vorsitzende der Jury, Guido Hager.

Die beiden mit dem ersten Preis ausgezeichneten Arbeiten schlagen jeweils sehr großzügige

Parkanlagen für Schnelsen und Stellingen vor. In Schnelsen wird auf dem 560 Meter langen, schmalen Deckelbauwerk eine etwa 400m lange, vielfältig nutzbare Wiese entstehen, die, eingefasst von Bäumen und dezent flankiert von Kleingärten, sich gut mit den angrenzenden Quartieren vernetzt und damit der Nachbarschaft einen attraktiven Freiraum bietet. Der 980 Meter lange Stellingener Deckel erfährt eine Gliederung in drei Teile: während im Südlichen Abschnitt zur Kieler Straße hin kompakt Flächen für Kleingärten angeboten werden, entstehen nördliche vom Wördemanns Weg ein großzügiger, multifunktionaler Park, der sich im südlichen Teil als offener Freiraum präsentiert und nach Norden mit einer sich verdichtenden Vegetation mit Baumbestand der Umgebung verbindet.

Anja Hajduk, Senatorin der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, sagt: „Durch die Autobahn-Deckel wachsen Stadtteile zusammen, die Jahrzehnte durch die Autobahn getrennt waren und die Anwohner bekommen neben einem optimalen Lärmschutz dringend benötigte Grünflächen. Mit dem Ergebnis des Wettbewerbs nehmen die Deckel nun Gestalt an. Ich bin mir sicher, dass es mit den prämierten Entwürfen gelingen wird, die Lebensqualität in Stellingen und Schnelsen weiter zu verbessern.“

Oberbaudirektor **Prof. Jörn Walter** ergänzt: „An einer problembehafteten Autobahnerweiterung wird mit dem Deckel ein Landschaftsplanungsprojekt von generationenübergreifender Bedeutung realisiert. Schnelsen und Stellingen erhalten mit den ausgezeichneten Wettbewerbsarbeiten großzügige Parkanlagen mit weiträumigen Wiesenflächen und attraktiven Kleingärten. Die Vision von der Überwindung dieser faktischen ‚Lärmmauer‘ durch Hamburg nimmt endlich konkrete Gestalt an.“

Die Wettbewerbsarbeiten sind vom 22. Juli bis zum 27. August 2010 in der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Stadthausbrücke 8 öffentlich ausgestellt (09.00 bis 18.00 Uhr).

Weitere Informationen: www.hamburg.de/a7-deckel

Rückfragen: Enno Isermann, Pressestelle der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Tel.: 040 428 40 – 20 51, oder -3063, -3249, -2058, enno.isermann@bsu.hamburg.de

5. Juli 2010/bsb05



Vertauschte Rollen im Audimax: Kinder erklären und Erwachsene hören zu Abschlussveranstaltung der Kinderforscher an der TU-Harburg

Die Initiative Kinderforscher an der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH) hat heute zu der Abschlussveranstaltung der Kurse „Experimentieren pur“ ins Audimax der TUHH eingeladen. In den 17-wöchigen Kursen recherchierten und experimentierten acht- bis zehnjährigen Kinder zu Fragen aus der Physik, Biologie, Chemie und Technik. Einige Nachwuchsforscher stellten auf der Veranstaltung ihre Erlebnissen und Ergebnisse den ca. 500 Gästen vor. **Bildungssenatorin Christa Goetsch** besuchte mit dem **Präsidenten der TU, Prof. Dr.-Ing. Edwin Kreuzer**, die Ausstellung im Foyer und beantwortete die Fragen der jungen Schülerinnen und Schüler während der Veranstaltung.

Bildungssenatorin Christa Goetsch:

„Den Kindern die Naturwissenschaften und Technik nahe zu bringen und sie für diese Materie zu begeistern, das ist unser gemeinsames Ziel. Wenn für möglichst viele Mädchen und Jungen nach diesem Kursus feststeht, ‚ich will Forscherin bzw. Forscher werden‘, dann hat sich dieser Einsatz gelohnt.“

TUHH-Präsident Edwin Kreuzer:

„Das Projekt ‚Kinderforscher‘ hat sich in kurzer Zeit zu einem Modell für eine erfolgreiche Nachwuchsförderung in den Ingenieurwissenschaften entwickelt. Wir freuen über die Impulswirkung dieses gemeinsam mit Wissenschaftlern der TUHH entwickelten Experimentier-Kurses.“

Gesine Liese, Konzeption Kinderforscher „Wir wollen die Neugier an der Forschung wecken und Spaß am entdeckenden Lernen entwickeln. Wer einmal erfolgreich einen Versuch durchgeführt hat, traut sich auch zukünftig neue Fragestellungen experimentell zu erschließen.“

Zijada Agic und Tobias Cordes, Lehrer an der Schule Weusthoffstraße: „Wir sind begeistert von der tollen Vorbereitung und haben als gestandene Naturwissenschaftslehrer viele neue Anregungen für den Unterricht bekommen.“

Das Projekt „Experimentieren pur“

Die Initiative KINDERFORSCHER AN DER TUHH entwickelte den Kursus „Experimentieren pur“. Sie stellte Lehrerinnen und Lehrern komplette Unterrichtseinheiten inklusive Unterrichtsmaterial zur Verfügung. Dadurch waren sie in die Lage, ohne zusätzliche Vorbereitung und unabhängig von ihren naturwissenschaftlichen Kenntnissen und Erfahrungen die Kinderforscher-Kurse durchzuführen. Eine extra Vorlesung mit Experimenten an der TUHH

sowie das Kennenlernen des DLR_School_Lab gehörten ebenfalls zu diesem Programm. Der Kurs fand erstmals am Vormittag im Rahmen des Unterrichts statt.

Initiative Kinderforscher an der TUHH

Ziel der inzwischen vielfach ausgezeichneten Initiative ist, eine technisch-naturwissenschaftliche Nachwuchsförderung in Hamburg aufzubauen - nachhaltig und unabhängig vom jeweiligen Elternhaus.

Die Initiative wurde 2006 am Institut für Technische Biokatalyse unter Leitung von Professor Andreas Liese gegründet. Angeführt von der Mathematik- und Chemielehrerin Gesine Liese sowie der Ingenieurin Julia Husung, entstand im Herbst 2006 das erste Grundschulprojekt für die Begabtenförderung: Ein dreimonatiger Nachmittagskursus „Experimentieren und Forscher“. 2008 folgte das Projekt „Lernen durch Lehren“, bei dem Neuntklässler Fünft- und Sechstklässler unterrichten. In der Planung ist der Verleih von Versuchsanordnungen für naturwissenschaftliche Experimente an Schulen.

Rückfragen:

Jutta K. Werner

Pressesprecherin TUHH

Tel. 040/ 42878-4321

j.werner@tuhh.de

Johanna Götze-Weber

Behörde für Schule und Berufsbildung (Presse)

Tel. 040/ 42863-2541

johanna.goetze-weber@bsb.hamburg.de

6. Juli 2010/bsb06

Lage auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt 2009 günstiger als erwartet

Die Behörde für Schule und Berufsbildung legt den Hamburger Ausbildungsreport 2010 vor

Nach dem Ausbildungsreport 2010, den Bildungssenatorin Christa Goetsch heute öffentlich vorgestellt hat, ist die Lage auf dem Ausbildungsmarkt günstiger als erwartet. Im Berichtsjahr 2009 ist zwar wie in allen anderen Bundesländern als Folge der Wirtschaftskrise auch in Hamburg ein Rückgang der Ausbildungsaktivitäten festzustellen, dieser fällt jedoch moderater aus als vorhergesagt. Die offizielle Statistik des Bundesinstituts für Berufsbildung weist für Hamburg mit 13.496 Verträgen eine Abnahme der Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum Statistikstichtag Ende September 2009 um 1.366 bzw. 9,2 Prozent aus. Damit liegt der Rückgang in Hamburg auf den ersten Blick um einen Prozentpunkt über dem im Bundesdurchschnitt (8,2 Prozent). Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die öffentlich finanzierten 500 Ausbildungsplätze aus dem Sofortprogramm des Senats, die für diesen Abschlussjahrgang zur Verfügung gestellt wurden, in der Statistik für 2009 nicht mitgezählt sind, da diese in Absprache mit der Wirtschaft erst im Februar 2010 eingerichtet wurden. Bezieht man diese Plätze ein, dann ist in Hamburg der Rückgang an Neuabschlüssen um 1.026 oder 6,9 Prozent im Bundesvergleich relativ moderat ausgefallen.

Trotz geringerer Schülerzahlen im dualen Bereich, ist auch die Zahl der Schülerinnen und Schüler in den Vollzeitangeboten der berufsbildenden Schulen gesunken. Diese Entwicklung zeigt eine sich entspannende Tendenz am Hamburger Ausbildungsmarkt.

Um den Ausbildungsmarkt in Hamburg zu stabilisieren, hat auch die Behörde für Schule und Berufsbildung einen erheblichen Beitrag geleistet, indem sie 773 Ausbildungsplätze (Vorjahr: 735) ganz oder teilweise finanziert. „Wir werden auch in Zukunft unsere Möglichkeiten ausschöpfen, um vor allem für Jugendliche mit Förderbedarf und Altbewerber Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen zu können“, sagte Senatorin Goetsch.

Ein Ausblick auf das neue Ausbildungsjahr 2010/11 lässt erkennen, dass sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt für die Bewerberinnen und Bewerber wieder günstiger gestalten wird, da Handwerkskammer und Handelskammer in diesem Jahr mit einem deutlichen Zuwachs an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen rechnen. Entgegen den Vorhersagen hatte der doppelte Abiturientenjahrgang – bislang jedenfalls – noch keine Auswirkungen auf den Hamburger Ausbildungsmarkt.

„Der Hamburger Ausbildungsmarkt stellt weiterhin große Herausforderungen an alle Beteiligten“, stellte Senatorin Goetsch fest. So werden nach wie vor 43 von 100 neuen Ausbildungsplätzen in Hamburg mit Jugendlichen besetzt, die ihren Schulabschluss

außerhalb Hamburgs erworben haben. Zudem werden die Abiturientinnen und Abiturienten des Jahrgangs 2010 eine zusätzliche Nachfrage in den nächsten drei Jahren auslösen. Mit Verzögerung wird sich auch der Doppelabiturjahrgang 2011 in Niedersachsen auf dem Hamburger Ausbildungsmarkt bemerkbar machen.

Nicht alle Jugendlichen profitieren von der Entspannungstendenz auf dem Ausbildungsmarkt. Dazu Senatorin Goetsch: „Der Bedarf der Hamburger Wirtschaft an Fachkräften steigt. Deshalb können wir es uns nicht leisten, Jugendliche ohne Ausbildungsplatz auf Warteschleifen und staatliche Transferleistungen zu verweisen.“ Mit der eingeleiteten Reform des Übergangs Schule – Beruf, die mit einer vertieften Berufs- und Studienorientierung, einer zielgruppengerechten Ausbildungsvorbereitung und dem Hamburger Ausbildungsmodell entscheidende Akzente für ein modernes, zielorientiertes Übergangsmangement setzt, hat Hamburg die Weichen gestellt, um das Potenzial der Hamburger Jugendlichen auszuschöpfen. Das Ziel ist es, künftig alle attraktiven Lehrstellen der Hamburger Wirtschaft mit Hamburger Jugendlichen besetzen zu können.“ Vor diesem Hintergrund beschreibt der Ausbildungsreport 2010 ausführlich das Phänomen der mangelnden Ausbildungsreife und die vielfältigen Handlungsoptionen, die zu deren Verbesserung im Rahmen der Reform des Übergangssystems umgesetzt werden.

„Auch im Jahre 2010 werden wir gemeinsam mit unseren Partnern in Wirtschaft und Verwaltung möglichst allen Hamburger Jugendlichen eine nachhaltige berufliche Perspektive eröffnen“, so Senatorin Goetsch.

Der Ausbildungsreport 2010 beleuchtet neben den bereits genannten Sachverhalten u.a. folgende berufsbildungspolitische Themen:

- Berufliche Handlungsfähigkeit als Ziel der Berufsausbildung (S. 49),
- Diskussionsstand zum Deutschen Qualifikationsrahmen DQR (S. 52),
- Einzelheiten zum Berufswahlverhalten Jugendlicher, Bilanz und Ausblick für Hamburg (S. 58).

Das Dokument als Download finden Sie unter: www.hamburg.de/bsb-publikationen

Rückfragen

Melanie Nickel

Pressestelle der Behörde für Schule und Berufsbildung

040.428 63.3497

melanie.nickel@bsb.hamburg.de

8. Juli 2010/bwf08

14 Preise für ausgezeichnete Lehre

Hamburger Lehrpreis 2010 verliehen

Im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung hat Hamburgs Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach heute die Gewinner des Hamburger Lehrpreises 2010 bekannt gegeben. Insgesamt 14 Einzelpreise für innovative Lehrleistungen oder Lehrvorträge wurden verliehen. Die Einzelpreise sind mit je 10.000 Euro dotiert. Erstmals wurden auch Teamleistungen gewürdigt. Die Studierenden waren in den gesamten Auswahlprozess eingebunden.

Ausgezeichnet wurden Professoren, Dozenten und wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität Hamburg, der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, der HafenCity Universität Hamburg, der Technische Universität Hamburg-Harburg, der Hochschule für bildende Künste Hamburg und der Hochschule für Musik und Theater Hamburg.

Mit ihrer Interpretation der Lehre überzeugten die Preisträger nicht nur die Studierenden, sondern auch die Jury. So haben moderne Formen der Didaktik und interdisziplinäre Ansätze klassische Pflichtveranstaltungen zu einem Highlight gemacht, wurden Themen visuell und haptisch erlebbar und haben Simulationsmodelle zur Verknüpfung mit der Praxis geführt. Auch gesellschaftliches Engagement und der Einsatz in der Studienreform wurden positiv hervorgehoben.

Alle Preisträgerinnen und Preisträger des Hamburger Lehrpreises 2010 sowie eine kurze Begründung für ihre Auswahl sind in der Anlage aufgeführt.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Als wir vor zwei Jahren die Einrichtung des Lehrpreises beschlossen haben, verbanden wir damit die Hoffnung, an den Hochschulen eine Diskussion unter den Lehrenden und Studierenden über gute Lehre zu initiieren. Meiner Einschätzung nach ist die Diskussion erfolgreich verlaufen. Zwei kleine Beobachtungen verdeutlichen dies: Anders als im ersten Jahr der Preisverleihung sind in diesem Jahr *alle* Hochschulen bzw. Fakultäten dabei. Und vergleicht man die Qualität der begründenden Unterlagen, so lässt sich im zweiten Jahr der Preisverleihung sagen: Hier sind hier viel Mühe

und Arbeit reingesteckt worden. Dies gilt sowohl für die Schreiben der Studierenden als auch für die der hochschulinternen Gremien. Mit großer Freude stelle ich fest: Die Qualität der Lehre ist zum Gesprächsstoff geworden. Allen Gewinnern gratuliere ich sehr herzlich! Sie gehen mit ihrem Engagement beispielhaft voran. Dafür danke ich Ihnen besonders.“

Die Idee zur Einrichtung eines Hamburger Lehrpreises geht zurück auf ein Bürgerschaftliches Ersuchen. Der Lehrpreis wird in 14 Einzelpreisen je Fakultät bzw. je Hochschule bei den fakultätslosen Hochschulen vergeben. Der Vergabe liegen feste Kriterien zugrunde, die individuell je Hochschule gewichtet werden.

Vorschlagsberechtigt waren die Studierenden der staatlichen Hamburger Hochschulen. Eine hochschulinterne Jury unter Beteiligung der Studierenden hat zunächst die Nominierungsvorschläge bewertet. Die beiden erstplatzierten Vorschläge wurden dann an eine hochschulübergreifende Jury weitergeleitet, der neben externen Juroren erstmals auch Studierende angehörten. Die Jury unter Vorsitz der Wissenschaftssenatorin hat schließlich die Entscheidung über die Vergabe der Einzelpreise getroffen.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs,
Tel.: 040 42863-2322, E-Mail: pressestelle@bwf.hamburg.de



Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit

7. Juli 2010

Bußgeldverfahren gegen Facebook wegen Speicherung der Daten Dritter

Der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit hat ein förmliches Bußgeldverfahren gegen Facebook eingeleitet. Hintergrund ist die anhaltende Praxis des weltweit größten sozialen Netzwerks, im Rahmen von Einladungs- und Synchronisierungsfunktionen die E-Mail- und Handy-Adressbücher seiner Nutzer auszuwerten. Dabei werden auch Daten von Nichtnutzern ohne deren Einwilligung erhoben, langfristig gespeichert und zu Vermarktungszwecken genutzt.

Hierzu der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Johannes Caspar: „Zu der Problematik der Nutzung von Daten Dritter haben uns in den letzten Monaten viele Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern erreicht, die darüber besorgt sind, dass Facebook über ihre Adressen verfügt und Kenntnisse über ihre persönlichen Beziehungen hat. Wir halten das Speichern von Daten Dritter in diesem Zusammenhang für datenschutzrechtlich unzulässig. Zwar verfügen auch andere soziale Netzwerke über derartige Friend-Finding-Funktionen, diese führen aber nicht dazu, dass die Daten von Personen, die nicht zum Nutzerkreis des jeweiligen sozialen Netzwerks gehören, dauerhaft gespeichert werden. Die Kontaktvorschläge, die Facebook in den Freundschaftseinladungen unterbreitet, geben durchaus Anlass zu der Vermutung, dass die aus den Adressbüchern der Nutzer erhobenen Daten auch zur Erstellung von Beziehungsprofilen von Nichtnutzern dienen. Bei einer Zahl von mehreren Millionen Mitgliedern allein in Deutschland ist dies eine beunruhigende Vorstellung. Wir kritisieren zudem, dass den aus dem E-Mail-Adressbuch hochgeladenen Kontakten nur ein von Facebook vorgegebener Einladungstext zugesandt wird. Eine Zurechnung der Einladung zum Nutzer, von dem die Adressen stammen, ist daher zweifelhaft, und möglicherweise liegt dadurch bereits eine unzulässige Direktwerbung vor.“

Die nunmehr eingeleitete Anhörung gibt Facebook im Rahmen des Bußgeldverfahrens die Möglichkeit, zu den Vorwürfen bis zum 11. August 2010 rechtlich Stellung zu nehmen.

Kontakt/ Rückfragen:

Prof. Dr. Johannes Caspar, Tel. 428 54 - 4041

8. Juli 2010/bksm08

Die FABRIK zukunftssicher machen Neue Ziel- und Leistungsvereinbarung unterzeichnet

Mit der gemeinsamen Vereinbarung haben die Senatorin für Kultur, Sport und Medien, Prof. Dr. Karin von Welck und Horst Dietrich von der FABRIK-Stiftung die Marschroute für das kommende Jahr festgelegt. Dazu einigten sie sich auf folgende Kernpunkte:

- Das vielseitige, regional und überregional anspruchsvolle Kulturprogramm mit Schwerpunkt Musik für die unterschiedlichsten Zielgruppen, Altersklassen und Schichten mit dem Anspruch, neben dem Bekannten auch Neues zu entdecken und zu fördern, sowie
- die tägliche kostenlose Kinder-, Jugend-, Erwachsenen-, und Altenarbeit vorrangig für Besucher aus dem Stadtteil mit dem Schwerpunkt der Kreativitätsförderung, sind und bleiben auch in Zukunft zentrale Ziele der FABRIK-Stiftung.
- Die FABRIK sieht vor, die schon stattfindende Suche nach einem Nachfolger für Horst Dietrich zum 40. Geburtstag der FABRIK im Sommer 2011 abzuschließen. Horst Dietrich wird dann in den Aufsichtsrat der FABRIK-Stiftung wechseln.
- Parallel dazu erarbeitet die FABRIK bis zum Frühjahr 2011 mit externer Unterstützung ein erweitertes betriebswirtschaftliches Konzept, das der künftige Vorstand als Empfehlung nutzen kann.
- Die BKSM wird sich im Rahmen der aktuellen Haushaltsberatungen dafür einsetzen, dass die finanziellen Zuwendungen an die Fabrik im kommenden Doppelhaushalt 2011/2012 in unveränderter Höhe erhalten bleiben.

Für Rückfragen:

Claudia Fregiehn
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207
claudia.fregiehn@bksm.hamburg.de

Horst Dietrich
FABRIK-Stiftung
040- 319 10 70
hdietrich@fabrik.de

2. Juli 2010/fb02

Bezirksämter beteiligen sich an Konsolidierungsbemühungen

Auch die sieben Hamburger Bezirksämter werden sich konstruktiv an der notwendigen Diskussion über die Hebung struktureller Einsparpotentiale in der Hamburger Verwaltung beteiligen. Bei der heutigen Routinesitzung in der Finanzbehörde wurde festgelegt, dass eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Bezirksämter unter Leitung von Staatsrat Dr. Manfred Jäger in den nächsten Wochen regelmäßig zusammen kommen wird, um bis Ende August das Konsolidierungspotential der Bezirke zu identifizieren.

Diese Arbeitsgruppe wird der Zukunftssicherungskommission Haushalt unter Leitung von Finanzsenator Carsten Frigge zuarbeiten und ihre Ergebnisse unmittelbar an diese berichten.

Bezirksstaatsrat Dr. Manfred Jäger: „Die Bezirksamtsleiter und ich sind uns darin einig, dass niemandem gedient ist, wenn die unbestritten notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen nur im Gegeneinander getroffen werden. Deshalb bin ich froh, dass wir heute eine Vorgehensweise vereinbaren konnten, die alle Beteiligten an einem Tisch zusammenbringt. Wir greifen damit die Dynamik der breiten öffentlichen Debatte auf und lenken diese in konstruktive Bahnen.“

Die Arbeitsgruppe setzt sich wie folgt zusammen: Staatsrat Dr. Manfred Jäger (Vorsitz), Harald Fritze (Amtsleiter Bezirksverwaltung in der Finanzbehörde), Jürgen Warmke-Rose (Bezirksamtsleiter Altona), Wolfgang Kopitzsch (Bezirksamtsleiter Nord), Michael Osterburg (GAL-Fraktionsvorsitzender Mitte) und Dennis Gladiator (CDU-Fraktionsvorsitzender Bergedorf).

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Daniel Stricker
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax (040) 4279 23 - 556
E-Mail: daniel.stricker@fb.hamburg.de

07.07.2010/bez07

Ergebnis des Bürgerentscheides in Eimsbüttel

Die Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks Eimsbüttel haben entschieden:

Beim Bürgerentscheid „Für die Respektierung des Bürgerwillens in Eimsbüttel!“ entschied sich die Mehrheit der Abstimmungsteilnehmer mittels Stichfrage für die Vorlage des Bürgerbegehrens. Dies ergab die am gestrigen Dienstag abgeschlossene Auszählung des Bürgerentscheides.

Demnach wurden sowohl die Vorlage des Bürgerbegehrens als auch die Vorlage der Bezirksversammlung Eimsbüttel angenommen. Bei der damit notwendigen Entscheidung über die Stichfrage votierten 68,66% der Abstimmungsteilnehmer für die Vorlage des Bürgerbegehrens und 31,64% für die Vorlage der Bezirksversammlung Eimsbüttel.

Die Abstimmungsbeteiligung bei dem rd. 200.000 € teuren Bürgerentscheid lag bei 23,34%. Weitere Zahlen können dem anliegenden amtl. Endergebnis entnommen werden.

Rückfragen:

Bezirksamt Eimsbüttel
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Grindelberg 66
20139 Hamburg
Tel.: 040-42801-2053
Fax: 040-42801-3699
E-Mail: pressestelle@eimsbuettel.hamburg.de

Datum 08. Juli 2010/bez08

Megaball - endlich auch dauerhaft in Nord-Deutschland

Die Outdoor-Attraktion aus Australien gibt es jetzt auch in Nord-Deutschland! Erster Standort einer von Hamburgs schönsten Plätzen! Der zentral gelegene Schlossteich im Bergedorfer Zentrum. Megaball ermöglicht es jedem Menschen übers Wasser zu gehen. Die überdimensionalen Bälle werden mit Luft gefüllt und schweben sozusagen über das Wasser. Zuletzt waren Sie während des autofreien Sonntags auf der Alster DIE Attraktion. Jetzt kann man den Riesenspaß – der gerade Kinder begeistert – an fast jedem Wochentag genießen. Megaball in Bergedorf hat Dienstag bis Freitag von 12 bis 19.30 Uhr und Samstag sowie Sonntag von 10 bis 20 Uhr geöffnet. Bis auf Montags – aber da hat das angrenzende Bergedorfer Schloss mit seiner spannenden Dauerausstellung ohnehin geschlossen, so dass das Rahmenprogramm an diesem Tag ohnehin begrenzt wäre.

Detailinformationen

In jedem Ball sind über 600 Liter Sauerstoff, so dass eine gefahrlose Wanderung übers Wasser möglich ist. Geeignet ist der „Wasserspaziergang“ für alle Altersgruppen. Es ist auch für die an Land Gebliebenen eine große Freude, seine Kinder oder seine Freunde in diesen Bällen „laufen“ zu sehen. Nach den ersten Versuchen werden die Abläufe besser und man lernt seinen Körper richtig zu kontrollieren, so dass ein wirkliches Laufen über Wasser möglich ist. Im Angebot gibt es zusätzlich einen Wasserball(Zylinder), der bis zu zwei Personen zugelassen ist. Man kann die Bälle mit dem Team auch stunden- bzw. tageweise auf dem Bergedorfer Schlossteich mieten - eine ideale Lösung für Firmenfeiern, Geburtstage (besonders beliebt bei Kinder-Geburtstagen) und sonstige Events.

Siehe für ergänzende Informationen zum Bergedorfer Schloss:

<http://www.bergedorfmuseum.de/>

Rückfragen der Presse zum Betreiber:

Geschäftsführer: Sebastian Plake
Tel. 040-181 621 55, Mobil: 0176-50 515 644
E-Mail: sebastian.plake@freenet.de

Für Rückfragen der Presse zum Bezirk:

Pressesprecher des Bezirksamtes:
Dr. Andreas Aholt (WBZ 12)
Pressesprecher des Bezirksamtes
Tel.: 040 - 42891 4314, E-Fax: 040 427 906 - 314
Mobil: 0170 -85 57 616, E-mail: Andreas.Aholt@bergedorf.hamburg.de

Terminkalender

Vom 12. Juli bis 18. Juli 2010

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung, die im Rathaus stattfinden, werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 12.07.2010

ganztägig Brüssel, Europäisches Parlament, rue Wiertz 60
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil am **Interparlamentarischen Ausschusstreffen zum Thema "Folgen und praktische Auswirkungen des Vertrages von Lissabon auf die Kohäsionspolitik"**.

14:00 Gesamtschule Mümmelmannsberg, Mümmelmannsberg 75
Senator Dietrich Wersich eröffnet die **27. Mümmelmannsberger Spiel- und Sportaktion**. Ein kostenloses Ferienfreizeitangebot für Kinder und Jugendliche unter dem Motto: „Ausländer ja bitte – Rassismus nein danke!“.

Dienstag, den 13.07.2010

14:00 Landesbereitschaftspolizei Hamburg, Bruno-Georges-Platz 2
Staatsrat Dr. Stefan Schulz nimmt teil am **Kinder-Hit-Tag** und anschließender Scheckübergabe.

14:00 Rathaus, Kleines Zimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt die **Generalkonsulin der Bundesrepublik Deutschland in Marseille, Irene Hinrichsen**, zum Gespräch.

14:30 Stadtvilla, Heimhuder Straße 39
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort zur **Verleihung des „Fassadenpreises 2010“**.

Mittwoch, den 14.07.2010

10:00 Rathaus, Bürgermeisteramtszimmer
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann empfängt den **Generalkonsul der Republik Österreich, Leopold Köllner**, zum Abschiedsbesuch.

12:00 Hamburg, Hotel Atlantic, An der Alster 72 - 79
Senator Dr. Till Steffen nimmt teil am **Empfang anlässlich des französischen Nationalfeiertages und der Verabschiedung des französischen Generalkonsuls, Jean-Pierre Tutin** und spricht ein Grußwort.

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil.

17:00 Hamburg, Rathaus
Senator Dr. Till Steffen ist Gastgeber des **Senatempfangs anlässlich des Christopher Street Days** und spricht ein Grußwort.

18:00 Berlin, Botschaft der Französischen Republik, Pariser Platz 5
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf Einladung des Botschafters der Französischen Republik, Bernard Vincent Pierre De Faubournet De Montferrand, teil am **Empfang anlässlich des französischen Nationalfeiertages**.

20:00 „13. Stock“, Max-Brauer-Allee 279
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil am „**Gamecity Sommertreff**“.

Freitag, den 16.07.2010

10:30 Rathaus, Großer Festsaal
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert spricht ein Grußwort anlässlich des **Senatempfangs zur Ehrung der Championatsträger 2009 des deutschen Galopprennsports**.

12:15 Airbus ; Mühlenberger Sand
Senator Axel Gedaschko hält ein Grußwort anlässlich **des Richtfestes der neuen A350 Halle bei Airbus**

17:00 Helms-Museum, Museumsplatz 2
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort anlässlich der **interkulturellen Foto-Kampagne „Nachbarschaft“**.

20:00 East Hotel, Simon-von-Utrecht-Straße 31
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck spricht ein Grußwort bei den „**German Screenings**“, der Vorführung neuer deutscher Filme für den Vertrieb im Ausland.

Samstag, 17.07.2010

15:30 Rathausmarkt
Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck übernimmt die **Sieger-Ehrung der Elite-Männer beim „Dextro Energy Triathlon ITU World Championship Hamburg“**.

Sonntag, den 18.07.2010

11:30 Galopprennbahn Hamburg Horn
Senator Dietrich Wersich und Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert besuchen das **141. Deutsche Derby**.

17:30 Galopprennbahn, Rennbahnstraße 96
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck überreicht den **Siegerpreis beim „141. IDEE Deutschen Derby“ des Hamburger Renn-Club e.V.**